

## Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2026

Sehr geehrte Herren Oberbürgermeister Abel, Bürgermeister Verrengia, Dezernent Wagner,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Spätestens das Weltwirtschaftsforum in Davos hat uns gezeigt, dass die weltpolitische  
Ordnung sich massiv verändert. Geprägt durch das Handeln von US-Präsident Trump mit  
einer disruptiven Außenpolitik und neuen diplomatischen Initiativen hält er die Nationen in  
Atem.

Mit seiner Gründung eines „Friedensrats“ möchte er in Konkurrenz zu den Vereinten  
Nationen treten. Einige Staatsmänner, darunter der ungarische Präsident Victor Orban,  
haben seine Einladung zum Beitritt des Friedensrats bereits angenommen und dürfen sich  
nach bezahlen eines Mitgliedsbeitrags von 1 Mrd. Dollar im Schatten von „König Donald“  
sonnen.

Der US-Präsident ist noch drei weitere Jahre im Amt und kann noch viel Unheil anrichten.  
Zahlreiche Nachrichten aus den Vereinigten Staaten zeigen, dass die Demokratie in den  
Vereinigten Staaten stark leidet.

Leider besteht unter den 27 Mitgliedsstaaten der europäischen Union keine Einigkeit damit  
Europa als starke Einheit agieren und auch reagieren könnte. Auch in Europa ist der Erhalt  
demokratisch geführter Regierungen zunehmend in Gefahr.

Doch nun einige Ausführungen seitens der CDU-Fraktion zum Haushalt 2026.

Der vorgelegte Plan zeigt vor allem im Ergebnishaushalt ein Defizit von 1,775 Mio. Euro  
zwischen den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen. Daraus  
resultierend bleibt auch in diesem Jahr wieder zu wenig Spielraum für notwendige bzw. auch  
gewünschte Investitionen.

Etwas Spielraum für Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt für die kommenden  
Jahre verschafft uns die Zuweisung von ca. 21 Mio. Euro aus dem Länder- und Kommunal-  
Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) mit der Verteilung des 100 Milliarden  
Euro Bundes-Sondervermögen auf die Bundesländer.

Ein erster Betrag aus diesem Sondervermögen ermöglicht uns nun den Bau der seit vielen  
Jahren geforderten Brücke über die Bahn in Engstlatt, zur besseren Erschließung des  
Baugebiets Hertenwasen. Die Verwendung der weiteren Mittel aus dem LukIFG muss vom  
Gemeinderat für dringendste Maßnahmen priorisiert werden

Um künftig Spielraum im Finanzhaushalt zu bekommen, müssen wir Defizite im  
Ergebnishaushalt reduzieren oder gar vermeiden. Die Gebührenhaushalte und  
Benutzungsentgelte für städt. Einrichtungen müssen im Auge behalten werden.

Die Personalkosten betragen mit über 40 Mio. Euro inzwischen 30 Prozent unserer  
Aufwendungen im Ergebnishaushalt. Die Aufgaben und Anforderungen in der Verwaltung,  
den öffentlichen Einrichtungen und beim Bauhof sind, ohne die dafür erforderliche Anzahl

an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu leisten. Die von der Verwaltung bereits praktizierten Maßnahmen, bei Wieder- bzw. Neubesetzung von Stellen, die Erfordernis genau zu prüfen, soll weiter so gehandhabt werden.

Verbeamtungen sollen nur erfolgen, wenn dies hoheitliche Aufgaben erforderlich machen.

Ein sinnvoller Einsatz von KI kann die Verwaltung bei vielen wiederkehrenden Tätigkeiten unterstützen und damit auch zu weiterer Effizienz beitragen.

Seit Jahren gelingt es der Verwaltung nicht, die geplanten Einnahmen durch Gebäude- und Grundstücksverkäufe zu erzielen. Deshalb wollen wir die Gründung eines Eigenbetrieb Gebäude und Flächenmanagement beantragen. Wir wollen keine Städtische Wohnbaugesellschaft.

Unser Ansinnen ist es, für die Verwaltung aller städtischen Immobilien und Grundstücke, in einem Eigenbetrieb ein schlagkräftiges Team zu formieren. Dieses Team kann zu einem großen Teil durch die Umstrukturierung bzw. Umbesetzung von Mitarbeitern und deren Aufgaben aus dem Hochbauamt akquiriert werden. Weitere Kompetenz muss von ausgebildeten Fachkräften extern hinzukommen.

Wir erwarten, dass städt. Bauplätze künftig zügiger an Bauinteressenten veräußert werden können als dies bisher möglich ist. Mit der Verpflichtung zur Klimaneutralität müssen viele städtische Gebäude energetisch saniert werden. Mit Blick auf das Kosten- Nutzenverhältnis wird es unerlässlich sein auch Immobilien zu veräußern und dies muss zügiger abgewickelt werden, als in der Vergangenheit erfolgt.

Dieser Eigenbetrieb muss insgesamt wirtschaftlich arbeiten und gibt der Stadt die Möglichkeiten künftig mehr strategische Grundstücks- und Immobilienkäufe durch die Stadt zu tätigen.

Wir fordern die Verwaltung auf die notwenigen Schritte für die Gründung eines Eigenbetriebes zu veranlassen.

Konzeptvergaben sollten wir künftig nur dann machen, wenn auch Aussicht auf Umsetzung besteht. Die Beispiele Urtelen und Stapfel zeigen, dass sich in unserer Region nicht alles verwirklichen lässt, was in den Ballungsräumen möglich ist.

So mussten wir jüngst auch zur Kenntnis nehmen, dass die beschlossene Konzeption mit Räumen für Handel, Dienstleistung und Wohnen auf dem Strasser Gelände keine Bereitschaft bei Investoren gefunden hat. Zu hohe Baukosten und die aktuelle wirtschaftliche Situation für künftige Nutzer sind die Hauptgründe.

Deshalb können erneut Überlegungen erfolgen, was auf dem Strasser Gelände entstehen soll.

Beim Bürgertreff haben Sie Herr Oberbürgermeister in Zusammenhang mit der Gründung der Bürgerstiftung ein Haus der Bildung angesprochen. Die Idee hierbei ist die Mediothek, die Jugendmusikschule, die Jugendkunstschule und auch unsere VHS unter einem Dach zusammen zu bringen. Das Gebäude der Mediothek ist sanierungsbedürftig, die

Jugendmusikschule in angemieteten Räumen nicht optimal untergebracht. Auch Jugendkunstschule und VHS würden bei einer räumlichen Zusammenführung von Synergien profitieren.

Spätestens bei der Begehung der Verwaltungsgebäude in der Neuen Straße im Sommer letzten Jahres wurde uns Gemeinderäten bewusst, wie marode diese Gebäude sind. Eine Sanierung erscheint uns wirtschaftlich sinnlos, ein Neubau an gleicher Stelle ist keine optimale Lösung. Deshalb benötigen wir eine Gesamtbetrachtung, welche Kosten und Nutzen eine Zentralisierung der Verwaltung auf dem Strasser Gelände in Zusammenhang mit einem Haus der Bildung bringen kann.

Der Verkauf der freiwerdenden Immobilien würde Flächen für dringend benötigten Neubau von Wohnraum in der Innenstadt schaffen.

Im Rahmen der Haushaltsberatung wurde mehrheitlich beschlossen, dass der Umbau des ZOB nun doch angegangen wird. Wir möchten daran erinnern, dass Mittel für den Umbau des ZOB zur Barrierefreiheit im HH-Plan frei sind. Von der Verwaltung wurde jedoch schriftlich festgehalten, dass die weiteren 2 Mio. Euro für eine komplette Überdachung nicht eingeplant sind. Schriftlich heißt es weiter, dass die jetzt vorhandenen Buswartehäuschen weiterverwendet werden können, so dass auch nach dem Umbau für einen notwendigen Witterungsschutz gesorgt ist.

Mit dem für die heutige Sitzung terminierten Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Trainingshalle durch den HBW mit Schnitzelgrube für die TSG Turnen wollen wir die Bemühungen der beiden Vereine aktiv unterstützen.

Gerne hätten wir beide Projekte in die Sportstättenkonzeption mit aufgenommen. Wir haben Verständnis für die Dringlichkeit beim HBW das Projekt Gallier Schmiede zeitnah zu realisieren. Beide Vereine wollen gemeinsam das Projekt mit Zuschüssen von Landessportverband und Stadt verwirklichen.

Wir wollen an dieser Stelle anmerken, dass es für uns keine Alternative gibt, das Messegelände anders zu nutzen als bisher. Das Messegelände ist auch künftig für Großveranstaltungen der richtige Ort und wird zudem als Parkfläche für zahlreiche Veranstaltungen benötigt.

Zur Refinanzierung unserer Investitionen in die Parkhäuser und Parkplätze benötigen wir die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung. Hier erwarten wir im zeitigen Frühjahr weitere Informationen über den Stand der Realisierung von der Verwaltung.

Jugendmusikschule, Volkshochschule, die Förderung der Sport- und Kulturtreibenden Vereine sind wichtige Elemente für ein gut funktionierendes Gemeinwesen. Allen die sich hier für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt engagieren gilt unser herzliches Dankeschön. Es ist uns wichtig, dass bei allen Bemühungen um die Konsolidierung des Haushaltes hier nicht an falschen Stellen gespart wird.

Einen genauen Blick wollen wir weiter bei der Stadthalle auf die Kostendeckungsgrade richten. Notwendige Unterhaltungsmaßnahmen in und an unserer guten Stube müssen erfolgen und über Investitionen müssen wir beraten.

Die Nutzung von KI auch für die Sicherheit im öffentlichen Raum ist für viele Kommunen unerlässlich. Laut Informationen des Gemeindetages bietet sich bei der Videoüberwachung künftig mehr Spielraum für die Kommunen. Gerade mit Blick auf die Schäden durch Vandalismus an unseren öffentlichen Gebäuden müssen wir auch hier reagieren.

Für unsere Sicherheit sorgen auch die vielen freiwilligen bei der Feuerwehr in der Kernstadt und allen Stadtteilen. Mit dem Feuerwehrbedarfsplan hat die Verwaltung und der Gemeinderat ein Planungsinstrument, was in den kommenden Jahren an Investitionen in Geräte und Fahrzeuge benötigt wird.

Durch einen Grundstückserwerb kann die räumlich beengte Situation beim Feuerwehrhaus Balingen verbessert werden, wir hoffen hier auf einen baldigen positiven Abschluss des Grundstücksgeschäfts.

Darüber hinaus haben wir auch bei der Unterbringung der Feuerwehr noch zahlreiche Baumaßnahmen zu leisten. Die Abteilung Streichen konnte vor kurzem das neue Feuerwehrhaus in Betrieb nehmen. Für die Abteilung Weilstetten und Roßwangen müssen nun die Planungen für einen Neubau konkretisiert werden.

Auch der städt. Bauhof ist sehr wichtig für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Der Winterdienst fordert die Mannschaft aktuell immer wieder durch spontane Streueinsätze und in den Sommermonaten erwarten die Bürger ein gepflegtes Erscheinungsbild aller öffentlichen Flächen. Bei allen Wünschen, stets kurzgeschnittene Rasenflächen und blühende Rabatte zu erleben, gehören auch verblühte Blumen unddürre Pflanzenstägel ins Jahresbild der Natur.

Dass auch bei unserem Bauhof Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen erforderlich sind ist bei uns nicht vergessen. Wir erwarten hierzu weitere Informationen seitens der Verwaltung.

In der Sitzungsvorlage mit den Anmeldungen der Ortschaftsräte zum Haushalt 2026 wiederholt sich vieles aus den Vorjahren. Dabei wird auch deutlich, dass zu wenig Mittel für Investitionen verfügbar sind, dennoch teilen wir den Eindruck nicht, dass die Ortsteile vergessen werden und nur in der Kernstadt investiert wird. Sehr viele Investitionen laufen hier auch bei der Ertüchtigung unserer Kitas und Schulen in den Stadtteilen.

Für die Unterhaltung unserer Straßen und Feldwege muss mehr investiert werden. Der Sanierungsstau wird zunehmend größer. Nach wie vor ist das Auto für viele Bürgerinnen und Bürger die einzige Möglichkeit die täglichen Wege zum Arbeitsplatz, Einkauf, Arztbesuch usw. zu meistern.

Ein Investitionsschwerpunkt in diesem und auch nächstes Jahr sind die baulichen Maßnahmen für die Infrastruktur zum Neubau des Zentralklinikums in Dürrwangen. Damit

leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im Zollernalbkreis.

Hier nun auch unsere Stellungnahme zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke:

Unsere Stadtwerke leisten als Grundversorger für Strom, Wasser, Gas und Wärme sehr wertvolle Dienste für die Bürger und Unternehmen in unserer Stadt. Die Stadtwerke stehen hier vor allem bei der Stromversorgung im knallharten Wettbewerb zu anderen Energieversorgern und müssen mit komplexen Regularien und auch schwierigen Situationen am Energiemarkt bestehen.

Seit nun 12 Monaten ist Werkleiter Markus Streich als Steuermann auf der Kommandobrücke. Wir haben das Vertrauen, dass er zusammen mit den Führungskräften und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Stadtwerke auf Zukunftskurs bringt.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 sind die notwendigen Investitionen eingestellt und die ausstehenden Jahresabschlüsse werden wie zugesagt erstellt.

Mit einem Sperrvermerk haben wir die geplante Investition für die KI gesteuerte Überwachung im Eyachbad zunächst gestoppt und wollen hier nochmals weitere Informationen bzw. Prüfung bevor diese Investition getätigter wird.

Mit dem Betrieb der Bäder durch die Stadtwerke sowie auch den Konzessionsabgaben leisten die Stadtwerke einen positiven Saldo von gut 3 Mio. für den städtischen Haushalt.

Mit dem Beschluss des Regionalplans für die Ausweisung der Flächen für Wind- Energieparks können die Verhandlungen mit Investoren erfolgen zur Realisierung eines Wind- Energieparks im Ostdorfer Wald. Dass hier möglichst viele Bürger der Stadt einen Nutzen haben und auch profitieren ist uns sehr wichtig. Mit der jetzt eingeschlagenen Vorgehensweise sind wir sicher auf einem guten Weg, wenn auch die Realisierung noch einige Jahre Zeit in Anspruch nehmen wird.

Auch die Zollernalb- Data muss sich einem anspruchsvollen Markt mit ständigen technischen Neuerungen und Regularien stellen. Als IT-Dienstleister für die Stadtverwaltung und unsere Schulen ist die Zollernalb- Data ein wichtiger Partner. Die Versorgung der Bürger mit schnellem Internet ist wichtiger denn je. Werkleiter Matthias Pyka ist hier mit seinem Team gefordert die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Mit diesen Ausführungen möchte ich unsere Stellungnahme zum Haushaltsplan der Stadt Balingen und Wirtschaftsplan der Stadtwerke beenden.

Namens der CDU-Fraktion bedanke ich mich bei allen die zur Aufstellung des Plans beigetragen haben. Mein Dank gilt auch unserem Stadtkämmerer Jürgen Eberle, der auf unsere Fragen zum Haushaltsplan sehr schnell und ausführliche Antworten gegeben hat.

Bei Ihnen allen bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan und dem Wirtschaftsplan wie vorgelegt zustimmen.